

Pressemitteilung, Berlin, 25. März 2015

**Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik beim  
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft**

**Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung: mehr  
Tier- und Umweltschutz dringend erforderlich – und machbar!**

Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik (WBA) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) übergibt heute sein Gutachten *Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung* an Bundesminister Christian Schmidt (BMEL). Trotz deutlicher Fortschritte bei der Ressourceneffizienz bestehen zum Teil erhebliche Defizite beim Tier- und Umweltschutz. Um die gesellschaftlichen Anforderungen an die Nutztierhaltung und die Realität der landwirtschaftlichen Produktion stärker in Einklang bringen, empfiehlt der WBA ein umfangreiches Maßnahmenbündel und einen intensiven Diskurs zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik.

Die Nutztierhaltung in Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem wirtschaftlich sehr erfolgreichen Sektor entwickelt. Gleichzeitig hat die gesellschaftliche Akzeptanz der heutigen Nutztierhaltung abgenommen: "Betrachtet man die Defizite im Tier- und Umweltschutz und den Wandel der Wertvorstellungen zum Mensch-Tier-Verhältnis, so sind die derzeitigen Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztiere nicht zukunftsfähig", so Prof. Achim Spiller, unter dessen Federführung das Gutachten erarbeitet wurde. Aufbauend auf eine umfassende Analyse der Problemlage unterbreitet der WBA eine langfristige Strategie und konkrete Empfehlungen an die Politik des Bundes, der Bundesländer und der EU sowie die Wirtschaft. Mit seinem Gutachten will er zudem zu einer Versachlichung der öffentlichen Diskussionen zur Nutztierhaltung beitragen.

„In vielen gängigen Tierhaltungssystemen besteht ein hohes Risiko für das Auftreten von Schmerzen, Leiden und Schäden für die Tiere“ so Prof. Matthias Gauly, ebenfalls federführend für das Gutachten. „Die starke Fokussierung der öffentlichen Diskussion auf die Rolle der Betriebsgröße ('Massentierhaltung') für den Tier- und Umweltschutz ist allerdings nicht gerechtfertigt. Andere Faktoren wie die Managementqualität und die Haltungssysteme haben einen wesentlich größeren Einfluss“.

Der WBA begrüßt die in jüngster Zeit von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ergriffenen Initiativen zum Tierschutz wie die Tierwohl-Offensive der Bundesregierung, die Brancheninitiative Tierwohl der Privatwirtschaft und das Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbundes. Allerdings reichen diese nicht aus und ergeben keine schlüssige Gesamtstrategie. Der Beirat schlägt deshalb **9 tierwohlbezogene Leitlinien** (s. Anlage) für eine zukunftsfähige Tierhaltung vor.

"Eine solche deutliche Verbesserung des Tierschutzes würde die Kosten in der Tierhaltung jährlich um etwa 3 bis 5 Mrd. Euro bzw. 13 bis 23 % erhöhen. Diese Kosten können nicht von den Landwirten alleine getragen werden.", so Prof. Harald Grethe, Vorsitzender des WBA. „Sie müssen im Rahmen einer umfassenden Strategie von Wirtschaft, Staat und Konsumenten gemeinsam getragen werden." Eine ansonsten zu erwartende Abwanderung der Tierhaltung in das Ausland würde eher zu einer Verschlechterung des Tierwohls führen.

Der WBA empfiehlt deshalb u. a. ein **Bundesprogramm Tierwohl** und ein **staatliches Label** für besonders tierfreundliche Produkte. Er plädiert für eine **entschiedene Umsetzung** bestehender **gesetzlicher Mindeststandards**, empfiehlt eine Initiative Deutschlands für die **Anhebung der Mindeststandards in der EU** oder zumindest in für die Tierhaltung wichtigen **nordwesteuropäischen Ländern**. Prämiensysteme zur **Entlohnung** von darüber hinausgehenden **freiwilligen Tierschutzleistungen** wie Außenklimazugang oder mehr Beschäftigungsmaterialien sollten ausgebaut werden. Deren Finanzierung könnte durch eine stärkere Umschichtung von Hektarprämien (1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU) in die 2. Säule (Politik zur Entwicklung ländlicher Räume) erreicht werden.

Die **Wirtschaft** (Handel, Großverbraucher, Industrie) kann durch die engagierte Umsetzung und eine erheblich verbesserte finanzielle Ausstattung der Brancheninitiative Tierwohl, durch Auslistung von Produkten aus defizitärer Tierhaltung und Marktdifferenzierungen statt Fokussierung auf Niedrigpreise zu einer verbesserten gesellschaftlichen Akzeptanz der Tierhaltung beitragen.

Ebenfalls für erforderlich hält der WBA ein **Monitoringsystem** als Informationsgrundlage für den Status des Tierwohls, in dem erstmals systematisch Daten zum Tierschutz in der Landwirtschaft erfasst werden. Alle, die in der Landwirtschaft mit Tieren umgehen, sollten zukünftig über einen **Sachkundenachweis** verfügen.

Zur Verringerung der Nährstoffausträge aus der Landwirtschaft empfiehlt der WBA eine **engagierte Reform der Düngegesetzgebung**, die über den gegenwärtigen Referentenentwurf zur Düngeverordnung hinausgehen sollte.

Der Prozess der Verbesserung des Tierschutzes sollte durch einen breiten gesellschaftlichen Dialog flankiert werden. "Dieser Dialog sollte vielfältige Formen der Bürgerbeteiligung sowie Transparenz- und Informationsinitiativen umfassen. Dem Deutschen Bundestag empfehlen wir, eine **Enquête-Kommission Tierwohl** einzusetzen.", so Prof. Regina Birner (WBA).

"Wir sind uns bewusst, dass die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen tiefgreifende Änderungen in der Nutztierhaltung erfordert und einen langen Atem braucht", so Prof. Harald Grethe. „Die hierfür erforderlichen Anstrengungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind für eine gesellschaftlich stärker akzeptierte Tierhaltung allerdings unerlässlich und gemeinsam auch zu bewältigen.“

#### **Ansprechpartner:**

**Am 25.3.2015:** [presse@wb-agrarpolitik.de](mailto:presse@wb-agrarpolitik.de), 0176 3169 9571

#### **Nach dem 25.3.2015:**

Prof. Dr. Achim Spiller (Federführung für das Gutachten), Tel. 0551/39-22399, [a.spiller@agr.uni-goettingen.de](mailto:a.spiller@agr.uni-goettingen.de)

Prof. Dr. Dr. Matthias Gauly (Federführung für das Gutachten), Tel. +39 (0)471/017115, [Matthias.Gauly@unibz.it](mailto:Matthias.Gauly@unibz.it)

Prof. Dr. Harald Grethe (Vorsitzender), Tel. 0711 459 22631, [grethe@uni-hohenheim.de](mailto:grethe@uni-hohenheim.de)

#### **Download des Gutachtens und der Kurzfassung:**

<http://www.bmel.de/DE/Ministerium/Organisation/Beiraete/Texte/AgrVeroeffentlichungen.html>

#### **Download der Pressemitteilung:**

<http://www.bmel.de/DE/Ministerium/Organisation/Beiraete/Texte/AgrOrganisation.html>

## Informationen zum WBA:

**Der WBA** berät das BMEL in Bezug auf die Entwicklung der Agrarpolitik. Das unabhängige und interdisziplinär besetzte Gremium von 14 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erstellt Gutachten und Stellungnahmen. Zu den Aufgaben des Beirats gehört es insbesondere, die Ziele und Grundsätze der Agrarpolitik und der Landbewirtschaftung zu überprüfen, gesellschaftliche Anforderungen zu bewerten und Vorschläge für die Weiterentwicklung der Agrarpolitik zu erarbeiten.

<http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Ministerium/Organisation/Beiraete/AgrOrganisation.html>

## Anlage:

Tierwohlbezogene **Leitlinien** für die Entwicklung einer zukunftsfähigen Tierhaltung:

- (1) Zugang aller Nutztiere zu verschiedenen Klimazonen, vorzugsweise Außenklima,
- (2) Angebot unterschiedlicher Funktionsbereiche mit verschiedenen Bodenbelägen,
- (3) Angebot von Einrichtungen, Stoffen und Reizen zur artgemäßen Beschäftigung, Nahrungsaufnahme und Körperpflege,
- (4) Angebot von ausreichend Platz,
- (5) Verzicht auf Amputationen,
- (6) routinemäßige betriebliche Eigenkontrollen anhand tierbezogener Tierwohlindikatoren,
- (7) deutlich reduzierter Arzneimitteleinsatz,
- (8) verbesserter Bildungs-, Kenntnis- und Motivationsstand der im Tierbereich arbeitenden Personen und
- (9) eine stärkere Berücksichtigung funktionaler Merkmale in der Zucht.